



West-Berliner AL-Mitglieder: „Nie waren unsere Chancen so gut wie jetzt“

Berlin: Blockade durch die Alternativen?

Umfragen verheißen der „Alternativen Liste“ in West-Berlin für die Abgeordnetenhaus-Wahl am 10. Mai ein so gutes Resultat, daß erstmals eine Regierungsbildung

durch Außenseiter blockiert werden kann: Ohne die grün-roten „Chaoten“, wie sie beschimpft werden, würde kein parlamentarisch abgesicherter Senat zustande kommen.

Der dicke Berliner Bär mit seinem leicht dämlichen Gesicht, weder im Stadtwappen noch im Werbefernsehen entbehrlich, hat Konkurrenz bekommen. Ein ebenso „beschränkter, aber gemütlicher, ehrlicher, treuherziger Gesell“ („Brehms Tierleben“) bedroht sein Monopol, einer, der „harmlos in das Leben schaut“ und sich „hohe Verdienste um das Gesamtwohl erwirbt“ — der Igel.

Das Stacheltier ist seit gut zwei Jahren grasgrünes Wappen- und Erkennungszeichen der „Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz“ (AL), eines buntscheckigen Wahlbündnisses, das sich der auf hunderttausend Köpfe geschätzten Protest-Szene in Berlin als parlamentarische Alternative empfiehlt.

Seit Sozialdemokrat Dietrich Stobbe als Bürgermeister und als SPD-Vorsitzender abtreten mußte, weil seine Mannschaft den sozialliberalen Kredit aus dem vollen verwirtschaftet hatte, seit die Schaufenster-Stadt an der Spree finanziell und auch personell überdeutlich am Bonner Tropf hängt, seit vorzeitige Neuwahlen für den 10. Mai angesetzt sind und eine Hausbesetzung nach der anderen das innerstädtische Klima anheizt — seither grämen sich Sozial- und Freidemokraten, aber auch Unionspolitiker über den schier unaufhaltsamen politischen Aufstieg der Igel-Partei.

Nicht der Wahlkampf gegeneinander, mehr die gemeinsame Angst vor dem widerborstigen Wappentier beherrscht die politische Auseinandersetzung der übrigen Parteien. Denn in Berlin wären es nicht, wie im Stuttgarter Landtag oder in der Bremer Bürgerschaft, nur ein paar versprengte Grüne, die verloren im Parlament sitzen, ohne jede Aussicht, die regierende Mehrheit zu gefährden.

In Berlin, das heißen die Umfragen, darf die neue Liste auf ein so gutes Abschneiden hoffen, daß erstmals nach Wahlen zu einem Landesparlament ohne die alternative Gruppierung eine durch parlamentarische Mehrheit abgesicherte Regierung nicht mehr gebildet werden kann.

Die Alternativen haben die Chance zur politischen Blockade. Sie könnten die Rat-

Vorsicht! Wahl-Versprecher

Ihre Wechsel sind nicht gedeckt!




Neue Initiativen ins Rathaus!

Alternative Liste

Für Demokratie und Umweltschutz

Hauptstadtstraße 20 · 1000 Berlin 31 · Telefon 5612314



Liste 4

AL-Werbung: „Quittung für die Herrschenden“

haus-Koalition der Sozialliberalen in schwerste Bedrängnis und die CDU-Opposition um all ihre Hoffnungen bringen.

Sollte das Wahlergebnis so aussehen wie die Emnid-Prognosen (SPIEGEL 14/1981), die der CDU 46, der SPD 36, der FDP 7 und der AL 8 Prozent voraussagten, so könnte sich jeder denkbare Senat nur auf eine Minderheit von Abgeordneten stützen — es sei denn, die eine oder andere Partei würde wortbrüchig:

- ▷ Die CDU müßte abrücken von ihrer totalen Absage gegenüber den Alternativen.
- ▷ Der SPD bleibe, weil sie die AL als Partner auch nicht mag, entgegen eindeutiger Bekundung ihres Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel nur der Eintritt in eine Große Koalition.
- ▷ Die FDP wäre gezwungen, der eigenen Wahlaussage zuwider, mit den Christdemokraten zusammenzugehen.
- ▷ Die AL müßte ihre entschiedene Ablehnung jeder Beteiligung an irgendeiner Regierung widerrufen.

Scheitern allerdings die Liberalen, wie Ende März bei der hessischen Kommunalwahl in Frankfurt, an der Fünf-Prozent-Grenze, hätte Christdemokrat Richard von Weizsäcker wohl gewonnen. Verfehlen hingegen die Alternativen den Einzug ins Parlament, bliebe vermutlich der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel Berliner Regierungschef.

Bürgerschreck ist in die Gliederungen der Parteien gefahren. Unsicher sind sie, auch wenn es kein Wahlkämpfer zugeben will, inzwischen alle geworden. Beschworen wird wieder mal die vielgeschundene Formel von der Solidarität der Demokraten, die im Abwehrkampf gegen den gemeinsamen Feind verbindet.

Alle reden von der Notwendigkeit, die Alternativen unter fünf Prozent zu halten, keine Partei beugt sich der wohl realistischen Einsicht, daß der Einzug der AL ins Abgeordnetenhaus schwerlich zu verhindern sein wird.

Die SPD, deren Stimmenpotential am deutlichsten geschmälert werden könnte, stuft die AL als „eine von linksdogmatischen Kräften beherrschte Partei“ ein.

Für die Liberalen mit ihrem schwächtigen Wählerstamm, die selbst bei geringen Verlusten unter fünf Prozent rutschen könnten, bangt Spitzenkandidat Guido Brunner, daß Berlin „ausflippt“ und „innenpolitische Chaoten und außenpolitische Hasardeure ins Parlament“ einziehen.

CDU-Spitzenkandidat Richard von Weizsäcker hält das bunte Bündnis überhaupt nicht für „beschreibungsfähig“, allenfalls für ein Konglomerat von „Stimmungen“.

Und doch möchten alle, sollten die Stimmungen in genügend alternative

Diese Kopfschmerz- Tablette hilft auch Ihnen.

Weil sie rasch und zuverlässig wirkt
und gut verträglich ist.



Sowohl Wirkung als auch Verträglichkeit sind abhängig von den Wirkstoffen und von der Wirkstoffmenge, die Sie mit jeder Kopfschmerz-Tablette einnehmen. Darum enthält Thomapyrin N nur 3 bewährte, sich bestens ergänzende Wirkstoffe und pro Tablette nur eine Wirkstoffmenge von insgesamt 0,5 Gramm. Man nennt das eine optimale Kombination: denn sie bietet einerseits die Gewähr für rasche, zuverlässige Schmerzbefreiung, andererseits — wegen der niedrigen Wirkstoffmenge — auch für gute Verträglichkeit.

So hilft Ihnen normalerweise eine Thomapyrin N-Tablette, z. B. bei Kopfschmerzen, Zahnschmerzen, Monatsbeschwerden. Selbstverständlich können Sie, wenn mal eine stärkere Wirkung nötig ist, 1½ oder 2 Tabletten nehmen. Das ist dann immer noch nicht mehr als 1 Gramm. Sie wissen ja, je weniger Tabletten man braucht, um so besser ist es.

Thomapyrin N macht schmerzfrei und frisch.

Thomapyrin N — Thomae Biberach · Riss

Anwendungsgebiete: Kopf- und Zahnschmerzen, Monatsbeschwerden, Kater, Erkältung. Nicht anwenden in den letzten 4 Wochen der Schwangerschaft, bei bestehender Überempfindlichkeit gegen Salicylate (Asthma), bei Störungen der Blutgerinnung, bei schweren Leber- oder Nierenfunktionsstörungen. Bei einem Magen- oder Darmgeschwür bitte den Arzt fragen. Salicylathaltige Präparate können geringfügige, im allgemeinen harmlose Magen- und Darmlutungen hervorrufen. Von Thomapyrin N sind diese bisher nicht bekannt. Schmerzmittel sollen in höheren Dosen oder über längere Zeit nicht ohne ärztlichen Rat eingenommen werden.

Stimmen umschlagen, auch bei grundsätzlicher Koalitionsabsage an die AL nach dem 10. Mai noch geschäftsfähig sein.

Weizsäcker will „zu gegebener Zeit“, wie er vorsichtig kundtat, „die Frage“ nach einem Arrangement „konkret beantworten“. Der Berliner Rechtsanwalt und CDU-Nachwuchsabgeordnete Uwe Lehmann-Brauns, ein Vertrauter von Weizsäcker, gibt sich alle Mühe, um bei der stockkonservativen Berliner CDU-Parteibasis für die ins Parlament drängende Jugendbewegung um Verständnis zu werben.

Eine Arbeitsgruppe „Alternatives Leben“, die Lehmann-Brauns leitet, kam zu der Erkenntnis, daß sich das Wählerpotential von CDU und Alternativen „erheblich“ überschneidet. Zumindest die Nicht-Marxisten der Alternativbewegung, glaubt Lehmann-Brauns, seien durch „Selbstfindungsbehebungen“ der CDU einzuverleiben. „Wertkonservativ denkende Ältere“ und „grünmotivierte Jüngere“, so die Begründung, entstammten schließlich beide „dem bürgerlichen Lager“.

Auch die Sozialdemokraten setzen darauf, Teile des alternativen Wählerlagers für sich mobilisieren zu können. Sie haben eine „Arbeitsgruppe Wahlkampf gegenüber dem AL-Wählerpotential“ berufen, um „AL-geneigten Wählern“ die „Überzeugung“ zu vermitteln, „daß ihre Interessen und Bedürfnisse in einer sozialdemokratisch regierten Stadt ihren Platz haben“.

Rudolf Steinke, Berater des SPD-Landesvorsitzenden Peter Glotz, vertraut bei der Vertrauenswerbung auf die Mitarbeit von Jusos und Falken, denen er zu einer „schnellen und nachhaltigen Umorientierung“, zumindest



Grüne im Stuttgarter Landtag: Lieber am Bohrloch als im Parlament

zur Schaffung eines „undogmatisch-ökologischen Teils“ in den SPD-Jugendorganisationen rät.

Die Arbeitsgruppe der Genossen, nur zur Abwehr der AL ausgedacht, hat sich zu einer Art Doppelstrategie entschlossen. Von oben wird der grüne Gegner gehauen, von unten gestreichelt. Im Wahlkampf sollen die Alternativen als „arbeitnehmerfeindlich“, „undurchsetzungskräftig“ und „unpolitisch“ hingestellt werden.

Zugleich aber ergehen an die Sozialdemokraten „Empfehlungen zum örtlichen Umgang in der Auseinandersetzung mit der AL“, beispielsweise die Bitte, „Toleranz“ zu üben und „keine

Kommunisten-Verdächtigungen“ auszusprechen.

SPD-Chef Glotz erhofft sich von dieser Taktik, daß die AL nach dem Wahltag eine SPD/FDP-Minderheitsregierung, trotz freidemokratischer Abwehrmanöver die derzeit wahrscheinlichste Konstellation, wenigstens toleriert. Selbst „politische Arrangements mit der AL im Parlament“ hält der sozialdemokratische Bundesgeschäftsführer für möglich, wenn auch nicht gerade mit dem Ex-Kommunarden und AL-Kandidaten Dieter Kunzelmann.

Obwohl eine starke Gruppierung der Alternativen solche „Mauscheleien“ von vornherein ausgeschlossen sehen wollte, hat sich auch die AL ein Schlupfloch zur Verständigung offengelassen: Der Antrag, „weder eine Koalition einzugehen noch einen Minderheits-Senat durch Stimmenthalten zur Macht kommen zu lassen“, wurde nicht in das Wahlprogramm aufgenommen.

Zwar vertritt die AL diese harte Linie in einer Wahlbroschüre noch immer. Aber der Rechtsanwalt Otto Schily, der Aussichten hat, für die AL ins Abgeordnetenhaus zu kommen, baut bereits vor: „Wir sind doch offen. Wenn die Sozialdemokraten ins Parlament gelangen — das weiß man ja nicht — und mit uns gegen das Kraftwerk Ruhleben stimmen, wunderbar!“

Die düstere Vorahnung, bei der Wahl der Senatoren und beim Regieren womöglich vom Wohlwollen der Alternativen abhängig zu sein, treibt CDU, SPD und FDP unisono dazu, vor der betörenden Anziehungskraft der unverbrauchten Sirenen-Stimme zu warnen, die dazu rät, „den Herrschenden am 10. Mai“ allesamt „die Quittung“ zu geben.

Die gerade zweieinhalb Jahre alte schillernde Allianz ist der geschlossene



Grüne in der Bremer Bürgerschaft: Kampf für ein „Jahr des Mannes“



Kommunist Kunzelmann (l.)*
„Witz & Frechheit“

nen Gesellschaft im Schöneberger Rathaus kein bißchen grün, weil die da oben „doch nur so viel machen, wie ihnen durch massive, außerparlamentarische Kämpfe von der Bevölkerung aufgezwungen wird“.

Die AL-Kader, in den vergangenen Wochen durch Programm-Palaver und Kandidaten-Kür erheblich gestreßt, beträufeln sich und ihre 1900 Mitglieder denn auch unentwegt mit optimistischen Durchhalteparolen: „Nie waren unsere Chancen so gut wie jetzt“ und „Nie waren wir so nah dran“ sind die auf AL-Versammlungen am häufigsten umgeschlagenen Stereotypen.

Doch auch ohne soviel Siegeszuversicht wären die Ängste der Regierungsparteien durchaus begründet. Analysen der 79er Abgeordnetenhauswahl ergaben, daß die AL, die damals bereits in sämtlichen Stadtbezirken antrat, vor allem Einbrüche ins sozialliberale Jungwähler-Lager erzielte: Jeder siebte Wähler zwischen 18 und 24 Jahren stimmte alternativ.

Zwar langte es vor zwei Jahren noch nicht zu Abgeordnetenhaus-Mandaten, denn stadtwweit mobilisierte die AL nur 3,7 Prozent der Wähler. Aber in immerhin vier Bezirken überkletterten die Igel die Fünf-Prozent-Hürde und zogen mit insgesamt zehn Bezirksverordneten in die Berliner Kommunalparlamente ein.

Angesichts all jener Umstände, die der alternativen Bewegung ohne viel Zutun zugute kommen, stehen die Wahlaussichten diesmal noch besser. Von rund anderthalb Millionen Wahlberechtigten in West-Berlin ist etwa je-

der zwölfte jünger als 25 Jahre und schon aus jugendlicher Protesthaltung in höherem Maße als ältere Bürger alternativ geneigt.

Haus- und Instandbesetzungen etwa kommen gut an in dieser Bevölkerungsgruppe und finden ihre parteipolitische Entsprechung in den Thesen der AL, die Demonstrationen organisiert und „Amnestie und Entkriminalisierung“ verlangt. Moralisch motivierte Empörung über soziale Mißstände als vorherrschendes Jugendgefühl macht den Dampf aus, der die Alternativen treibt.

Kein politisch defizitärer Bereich, dem die AL mit ihrem aus Partikularinteressen zusammengestoppelten Pro-

schutz“, „Frauen“ und „Frieden“, „Schule“ und „Schwule“ streiten und ihre Programmthesen weitgehend autonom formuliert haben.

Zum Programmpunkt Wirtschaftspolitik, an dem auch dem „Sozialistischen Büro“ nahestehende Hochschullehrer und Assistenten mitarbeiten, wartet die AL mit einer schonungslosen Analyse von Filz, Versäumnissen und Fehlinvestitionen auf. So wird den Rathausparteien die Vernichtung von 110 000 industriellen Arbeitsplätzen allein im letzten Jahrzehnt vorgerechnet.

Die Negativ-Bilanz führt auf, was in den letzten Jahren schlecht und teuer war:



Kandidat Kunzelmann*: „Rauflust & Durchsetzungsvermögen“

gramm nicht entweder en gros oder en détail Wunderheilung versprache: Für Frauen fordert sie ein eigenes Senatsressort, für Ausländer das kommunale Wahlrecht, für Kinder eine kostenlose Reise pro Jahr und Nase, für Studenten die freie Wahl von Examensprüfungen, für Schwule und Lesben regelmäßige unzensurierte Selbstdarstellungen in den Medien. Und für jeden zweiten Polizisten forderte ein Antragsteller den Abschied.

Dazu will die AL für alle, soweit sie arbeiten, eine 35-Stunden-Woche. Und für Hühner, Schweine und unglückliche Kühe, soweit sie kaserniert leben müssen, die „natürliche, artgemäße Haltung“.

Dabei sind die Einzelposten des Programm-Katalogs bürgernah formuliert und oft konkreter als die unverbindliche Wahlwerbung der etablierten Parteien. Denn AL-Aktivistinnen sind außer in Wohnbezirksgruppen vor allem in „Bereichen“ organisiert, die für Sachthemen wie „Gesundheit“ und „Natur-

- ▷ „Die Stadt wird ärmer, die Kapitalanleger plündern die Staatskassen aus.“
- ▷ „In der Berliner Bauspekulation“ würde bereits „mit Gewinnen von jährlich über 120 Prozent“ gerechnet.
- ▷ „Ein Bauskandal folgt dem anderen: Steglitzer Kreisel, Kudamm-Karree, Garskis Millionen-Schwindel.“
- ▷ „Im Haushalt fehlen schon jetzt für das laufende Jahr 400 Millionen.“

Seriöse Forderungen stehen unvermittelt neben bitter ernst gemeinter Clownerie — so, wenn der Programmteil „Schwule und Lesben“ die „Erforschung... der Heterosexualität“ fordert. Begründung: „Die Ursachen dieses Phänomens liegen weitgehend im dunkeln.“

Oder wenn der Delegierte Axel Mahler von der Mitglieder-Vollversammlung verlangt, als „menschliche Qualität“ der Parlamentskandidaten unter anderem programmatisch festzuschreiben: „Sachkompetenz, Witz & Frechheit, Flexibilität, Rauflust &

* Links: Mit den „Kommune I“-Mitgliedern Teufel (M.) und Langhans (r.), 1967; rechts: nach einer Störaktion im Schöneberger Rathaus, Januar 1981.



AL-Zielgruppe Hausbesetzer*: Amnestie im Wahlprogramm

Durchsetzungsvermögen... Fähigkeit zum Kungeln“.

In der Flut bedruckten Papiers, grülich des Umweltschutzes wegen, konnte das mehrwöchige Programm-Marathon der „Alternativen Liste“ leicht mit CDU- und SPD-Parteitag mithalten. Jeder durfte, selbst als Nichtmitglied, mitreden und Anträge austellen. Und wer am Saaleingang rasch seinen Beitritt erklärte, dem wurde auch noch die Stimmkarte für die laufende Abstimmung in die Hand gedrückt.

Die AL, beschrieb der Politologe Tilman Fichter in der alternativen „Tagszeitung“ die vierte Partei spöttisch, „ist ein Omnibus: Jede Einpunktbewegung kann zusteigen, solange sie die prinzipielle ideologische Herrschaft des Chauffeurs akzeptiert“.

Der Igel, das Wahltier der „Alternativen Liste“, müßte eher rot als grün sein. Denn die AL, so zeigen Umfragen, ist eine Linkspartei — sowohl im Urteil ihrer Gegner wie auch nach dem Verständnis ihrer Anhänger (SPIEGEL 15/1981). Die ideologische Grundhaltung unterscheidet sie deutlich von bundesdeutschen Grünen, die sich auf einende Umweltthemen wie Flughafen-Startbahn und Flußverschmutzung oder den Baustopp für Kernkraftwerke fixiert haben.

Den Trend der neuen Alternativpartei bestimmen, wie die Mobilmachung zur Wahl erhellte, die taktikerfahrenen Genossen aus der maoistischen KPD und ihren früher zahlreichen Sub-Unternehmen — vom „Kommunistischen Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) und dem „Kommunistischen Studentenverband“ (KSV) bis zur „Li-

ga gegen den Imperialismus“ und den „Komitees für Demokratie und Sozialismus“.

Zwar hatte die weitverzweigte K-Sekte vor genau einem Jahr den organisatorischen und inhaltlichen Bankrott angezeigt. Aber was damals wie das Scheitern eines selbstgefälligen Avantgarde-Anspruchs schien, erwies sich rasch als ziemlich zielstrebige Auflösung in die allenthalben entstehenden bunten und alternativen Wahlbündnisse hinein.

Bevor sie, auch hier gelehrige Mao-Schüler, unter den Öko-Spontis der neuen deutschen Jugendbewegung un-

tertauchten, beschworen nicht wenige K-Kader ihre vollkommene Läuterung, was den Umgang mit Andersdenkenden angeht. Das war bitter nötig, denn 1975 hatten sie die feindlichen Brüder von trotzkistischem Glauben noch durch Verprügeln mit Eisenstangen von der Richtigkeit der chinesischen Linie zu überzeugen versucht.

Als die Berliner AL im Herbst 1978 im Neuköllner Bierpalast „Neue Welt“ gegründet wurde, war denn auch keine Berliner Bürgerinitiative bereit mitzutun. Der mit der neuen Sammlung sympathisierende Rechtsanwalt Otto Schily, Strafverteidiger zahlreicher

Apo-Aktivisten, wandte sich damals mit Grausen ab und an die bürgerliche Presse: Er habe „den Eindruck, daß hier ein Parteitag der KPD stattgefunden hat. Mit dieser Liste habe ich nichts mehr zu tun“.

Seit wenigen Wochen hat er wieder. Reuevoll bekannte Schily, die „Lernfähigkeit einiger Genossen und Genossinnen aus der historischen KPD unterschätzt“ zu haben. Und mit Bewegung in der Stimme bat er darum, „daß die AL jetzt auch ihren Frieden mit mir macht“. Dankbar für die auch von bürgerlichen Naturfreunden wählbare Galionsfigur vermieden die KPD-Leute jede Schärfe und hoben brav die grünen Stimmkarten für Schilys Kandidatur auf Platz eins im feinen Zehlendorf.

Schilys eigener Lernprozeß freilich ist mindestens ebenso bemerkenswert. Denn Transparente mit den alten KPD-Parolen „Abrüstung der Supermächte“, „Auflösung von Nato und War-



AL-Zielgruppe Homosexuelle* Sekt zum Parteitag

* Oben: in Berlin-Moabit; unten: Demonstration in Frankfurt.



AL-Kandidat Schily
Galionsfigur für Bürgerliche

schauder Pakt“ und „Gegen die Kriegsgefahr durch UdSSR und USA“ zeigten überdeutlich, wohin die Reise mit den ideologischen K-Kutschern noch immer gehen soll. Nur prangten die Wand-Sprüche diesmal auf grünem statt auf rotem Leinen, und statt mit Hammer und Sichel war das Polit-Chinesisch diesmal mit dem treuherzigen Igel aus der zoologischen Ordnung der Kerfjäger signiert.

Prompt drückten die beiden ehemaligen KPD-Regionalhauptideologen Wolfgang Kaiser und Christian Heinrich, unterstützt von Walther Grunwald, dem Sprecher der eher konservativen „Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger“, ihre nationalrevolutionären Thesen ins



AL-Kandidat Zahl
Listenplätze für Häftlinge

AL-Programm: „Um die unnatürliche geographisch-politische Situation West-Berlins zu überwinden“, müsse die AL „die Frage der deutschen Einheit aufwerfen“.

Nach diesem naiven Szenarium hätten, Russen voran, die Siegermächte alsbald aus der Ost-Berliner wie auch aus der Bonner Republik zu verschwinden, damit die Deutschen aller Klassen und Stämme paktfrei und unter Führung der West-Berliner Alternativen die Früchte der Wiedervereinigung genießen können. Als hätte das letzte halbe Jahrhundert nicht stattgefunden, schwelgte die Mitgliedermehrheit im Dreieck zwischen Naturschutz, Neutralismus und nationalem Sozialismus.

Als rechte Leute von links, ausgestattet mit einer gehörigen Portion politischer Naivität, erweisen sich die AL-Ideologen auch dort, wo sie die sozial-liberale Entspannungspolitik so streng verurteilen, wie es inzwischen nicht einmal mehr die CDU tun mag: „Vom Aufbruch des ‚Wandels durch Annäherung‘“ sei nur noch das „Gleichgewicht des Schreckens“ übriggeblieben. Und als alternative Friedenspolitik versuchte Ex-KPDler Kaiser den AL-Mitgliedern sogar einen „assoziierten Volkswiderstand gegen das Wettrüsten . . . auf beiden Seiten der Blockgrenze“ aufzureden — eine Art „alternativer Werwolf“ (Fichter) in beiden deutschen Staaten.

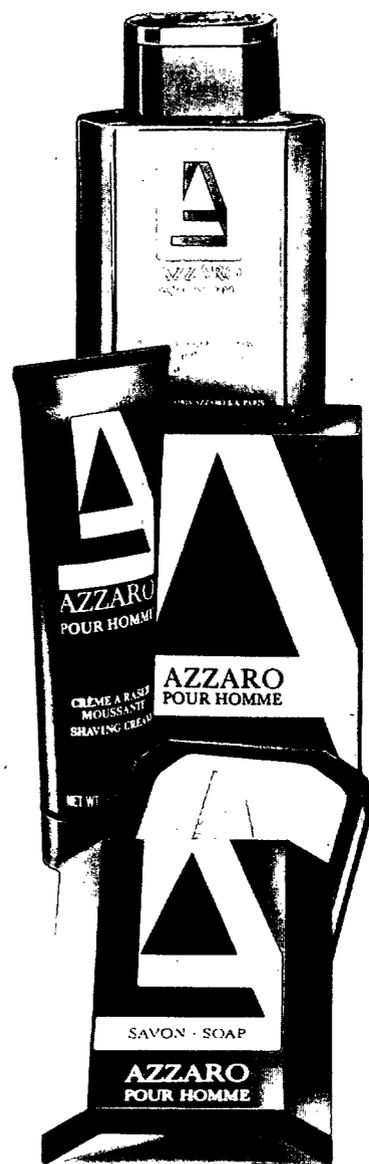
Wer nicht bereit war, sich dieser Abenteuerpolitik zu fügen, wurde von der K-Fraktion und ihren Anhängern unnachdsichtig fallengelassen — selbst dann, wenn einer wie der Kreuzberger AL-Bezirksverordnete Dirk Schneider in der Gründungsphase vehement für eine Mitbeteiligung der Maoisten eingetreten war. Als Schneider jetzt vor realitätsferner Wiedervereinigungsrhetorik warnte und sie einen „schönen Tagtraum“ nannte, kritisierte dies der Ex-Kommunarde Dieter Kunzelmann, der vor sechs Jahren noch im Knast zur KPD übergetreten war, als „Ausdruck eines etablierten Politikers“.

Unter dem Jubel der jungen Spontis und Antiautoritären wettete Kunzelmann, er habe den Listenfreund Schneider „bis hierher satt“ und griff sich dabei demonstrativ an die Gurgel. Das wiederum freute die um eine Flasche Sekt versammelte Riege der Schwulen-Arbeitsgemeinschaft, die darob einen zarten Sprechchor „Haut euch, haut euch“ anstimmte.

Wer es allerdings unbedenklich fand, unter diskretem chinesischem Kommando einen alternativen Ostlandtritt anzutreten, konnte leicht AL-Kandidat werden. Listenplätze wurden ausgelobt wie sauer Bier, nicht einmal formale Mitgliedschaft war vonnöten. Sogar Thyra Quensel, einer grünen Lehrerin aus dem grauen Kreuzberg, konnte geholfen werden, nachdem sie der Vollver-

AZZARO POUR HOMME

Die Herrenserie mit dem ausdrucksstarken Duft



- EAU DE TOILETTE
- LOTION APRES RASAGE
- BAUME APRES RASAGE
- CREME A RASER MOUSSANTE
- CREME A RASER NON MOUSSANTE
- MOUSSE A RASER
- SPRAY DEODORANT
- STICK DEODORANT
- SAVON
- SHAMPOOING DOUX
- GEL MOUSSANT
- EMULSION POUR LE CORPS

1153/81

PARFUMS LORIS AZZARO PARIS

Bomben, Bullen, Barrikaden: Terrorismus ehe Hitler kam. Diese Woche im

ZEITMAGAZIN

Jede Woche in DIE ZEIT

Die farbige Ergänzung einer großen Wochenzeitung.

sammlung „n Problem“ gestand: „Ich weiß nicht, wo ich kandidieren soll, mich hat nämlich keiner vorgeschlagen.“

Damit auch Zählkandidaten auf aussichtslosen Plätzen wie die einsitzenden Gesinnungsgenossen Peter-Paul Zahl und Gerald Klöpfer (vormals „Bewegung 2. Juni“) den „beschissenen Laden“ (so ein AL-Diskutant übers Parlament) von innen kennenlernen können, sollen die AL-Abgeordneten prinzipiell nach zwei Jahren, zur Hälfte der Legislaturperiode, ausgewechselt werden: Nur wer auf einer öffentlichen Rechenschaftsveranstaltung eine Zwei-Drittel-Mehrheit zum Weitermachen

37, binnen kurzem so vergiftet, daß anonyme Flugblätter dem Arbeiter Ultsch unlautere Finanzmanipulationen vorwarfen, nur weil der, um im Dienst fürs Gemeinwohl nicht noch draufzahlen zu müssen, regelmäßig seinen Lohnausfall geltend gemacht hatte.

In Wilmersdorf monierte die AL-Verordnete Rosie Stein schon vor einem Monat, daß „die Basis“ mehr und mehr von „disziplinierten Politfreaks mit langjähriger Parteischulung und -praxis“ beherrscht würde. Die Versuche der Kader, ihre Parlamentarier an die ganz kurze Kette zu legen, gingen so weit, daß schriftliche Elaborate von außerparlamentarischen Fachgruppen



AL-Politiker Klöpfer (l)*: Ostlandritt unter chinesischem Kommando?

erhält, braucht keinem Nachrücker Platz zu machen.

Und damit sich niemand im Parlamentsleben verselbständigt und womöglich von der grünen Fahne geht, wurden die AL-Kandidaten strikt aufs imperative Mandat festgelegt und ihre Diäten auf 1800 Mark begrenzt: Jede Mark oberhalb dieses „durchschnittlichen Facharbeiterlohns“ ist an den Listen-Schatzmeister abzuliefern, damit „sich diese Menschen nicht von uns und von sich selbst entfernen“.

Diskussionen über „abgehobenes Abgeordnetenverhalten“ entzündeten sich allemal an jenen zehn Bezirksverordneten, die seit März 1979 für die „Alternative Liste“ in den Kommunalparlamenten von Schöneberg, Kreuzberg, Tiergarten und Wilmersdorf sitzen.

In Schöneberg beispielsweise war das Klima zwischen der AL-Bezirksgruppe und ihrem Abgeordneten Karl Ultsch,

von der Abgeordnetenbank „wortgetreu wiedergegeben“ (Rosie Stein) werden mußten.

Kehrtwendungen chinesischer Außenpolitik erreichten so verzögert, aber sicher die West-Berliner Kommunalpolitik, die sonst über Grünflächen, Grundschulen, Straßenlärm und Wohnungsnot zu debattieren gewohnt ist. Im Schöneberger Bezirksparlament gestand beispielsweise der AL-Verordnete Jörg Bohmfalk, er sei nun nicht mehr wie „noch vor zehn Jahren“ für „Amis raus“ aus West-Berlin, sondern nur noch gegen die Häuserkampf-Übungen der GIs im Kiez.

Unlängst verteidigte Politologe Bohmfalk von der Bezirksverordnetenbank eine mit Berufsverbot überzogene ehemalige Kommilitonin, die 1978 bei KPD-Demonstrationen gegen US-Präsident Carter und 1976 bei den Trauerfeierlichkeiten für Chinas Ministerpräsidenten Tschou En-lai mitgetan hatte. Als Bohmfalk auch eigene Teilnahme

* Im Berliner Lorenz-Drenkmann-Prozeß; mit den Mitangeklagten Ronald Fritsch und Ralf Reinders.

bekannt, ließen die CDU-Kollegen ein genießerisches „Aha“ hören: „Ist ja interessant — so einer sind Sie also — da gehören Sie auch hin!“

Aber auch bei massenwirksamen Themen beschränkten sich die Alternativ-Verordneten häufig auf solch eine Tribünenfunktion; ihr Publikum saß zumeist auf den Zuhörer- und nicht auf den Parlamentsplätzen. Und weil das politische Geschäft selten ohne Kompromisse abgeht, bewahrten die Kleinstfraktionen Unschuld und retteten sich statt dessen vielfach in Stimmenthaltungen — gleich, ob nun in Kreuzberg die Finanzierung einer neuen Gesamtschule oder in Tiergarten die Planung der Internationalen Bauausstellung anstand.

Zwar habe die AL „verdienstvolle und tapfere Beiträge geleistet“, bilanzierte unlängst der ehemalige Tiergarten-FDP-Vorsitzende Harald Loch. Aber es sei eben „nur parlamentarische Opposition“ gewesen — „gar nicht so alternativ und auch nicht immer gekonnt“.

Dabei waren die Alternativen vor zwei Jahren mit vollmundigen Versprechungen und wie in ein großes Abenteuer aufgebrochen. „Ins Wohnzimmer der Etablierten“ hatten sie schauen, „Kungeleien und Filz aufdecken“ und „Informationen erbeuten“ wollen.

Doch hinter den Kulissen des bürgerlichen Abstimmungstheater fanden die alternativen Kundschafter dann kaum etwas Aufregendes. Resigniert gestand der Kreuzberger AL-Bezirksverordnete Schneider, „ein Rücktritt“ seiner dreiköpfigen Igel-Truppe „würde heute kaum ein Schaden sein“.

Ab Mai nun will die AL außerparlamentarischen „Widerstand“ gegen „bürgerfeindliche Machenschaften“ auch durch Präsenz im Landesplenium „schneller und konkreter“ machen, vor allem auch „frühzeitig organisieren helfen“. Und dieser Widersinn bereits, eine Apo im Abgeordnetenhaus zu sein, überfordert die Vorstellungskraft der anderen Parteien.

Doch in der Befürchtung allein, durch unorthodoxe Nutzung der Regeln könnte gleich das ganze gewohnte parlamentarische Spiel verlorengehen, liegt schwerlich der Grund für die Besorgnis der bürgerlichen Parteien. In der parlamentarischen Praxis dürfte sich etliches ein- und abschleifen wie schon in Baden-Württemberg, wo sechs Grüne (5,3 Prozent) seit verganginem Sommer im Stuttgarter Landtag sitzen, oder auch in Bremen, wo vier Grüne (5,1 Prozent) seit Herbst 1979 die Bürgerschaft beleben.

So stoßen in der Hansestadt die Anträge des Quartetts ohne Fraktionsstatus durchweg auf geschlossene Ablehnung. Weder das Begehrt, Trinkwasser nur noch in Flaschen oder aus Tankwagen zu verkaufen, weil es ohnehin oft nur als Badewasser vergeudet wer-



AL-Politiker Bohmfalk
Trauer um Tschou En-lai

de, noch ihre Forderungen nach wirtschaftlichem Nullwachstum fanden Anklang. Und auch die gewünschte Kommission, die sich „mit der Vorbereitung eines Jahres des Mannes“ zur überfälligen Emanzipation desselben“ befassen sollte; wurde nicht eingesetzt.

Ähnlich erschöpft sich auch im Stuttgarter Landtag die parlamentarische Arbeit im Verbalen, falls die Grünen überhaupt anwesend sind und jemand zuhört. Dort schlugen die Neulinge beispielsweise bei der Wahl des Ministerpräsidenten als Alternative zu Lothar Späth (CDU) ihren Parteigänger Hans-Dietrich Erichsen vor, obwohl der Kandidat zur Zeit der Abstimmung gerade „in Gorleben beim Bohrloch“ Politik machte. Und ihr

Sprecher Wolf-Dieter Hasenclever begann seine Grundsatzrede zum Staatshaushalt: „Herr Präsident! Leeres Haus!“

Eine geschlossene Abgeordnetenhaus-Fraktion nach Art etablierter Parteien werden auch die Berliner Alternativen bei Einzug ins Parlament nicht abgeben. Dafür ist, unabhängig vom Rotationsprinzip und dem imperativen Mandat, die Zerstrittenheit über Sinn und Unsinn des Parlamentarismus unter Alternativen zu groß.

Mindestens fünf unterschiedliche Strömungen hat der West-Berliner Sozialwissenschaftler Horst W. Schmollinger ausgemacht. Während eine Gruppe das Parlament überhaupt ablehnt, sieht eine andere dort wenigstens die Möglichkeit, interne Informationen für außerparlamentarische Aktivitäten zu sammeln.

Eine dritte Richtung verspricht sich vom Parlament ausschließlich Jux und Rabatz, während wieder andere Abgeordnetentätigkeit allein als moralische Dauerdemonstration akzeptieren. Und nur wenige erblicken im herkömmlichen Parlamentsbetrieb überhaupt noch eine Chance, politische Veränderungen zu bewirken.

Dieser Grund-Dissens macht deutlich, daß der Wahlverein „Alternative Liste“ mitnichten identisch ist mit der Berliner Alternativszene. Dort, unter Naturschützern, Kernkraftgegnern, Hausbesetzern und Aussteigern aus jeglicher Form gesellschaftlicher Betätigung gilt die Parole „Keine Macht für niemand“ — und selbst die AL nur als eine Variante von Politikspielerei.

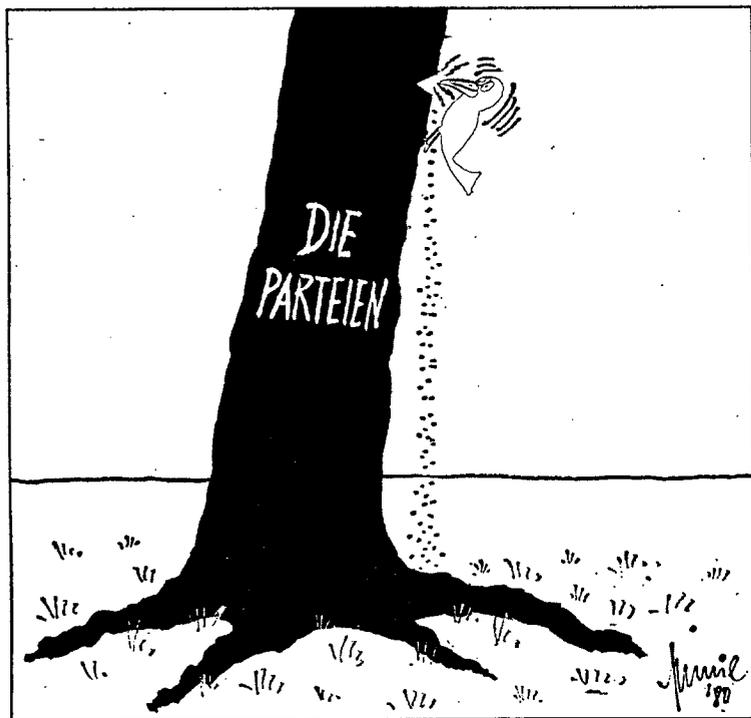
Auf wieviel Unverständnis die Erörterung politischer Themen an der Basis trifft, zeigt die Reaktion eines Hausbesetzers vom Neuköllner Richardplatz, der bei der AL-Kandidatenkür Bier,



AL-Straßenwahlkampf in West-Berlin: Hoffnung auf Jux und Rabatz

Schrippen und alternativen Nudelsalat feilbot: „Jetzt gehören uns in Berlin schon über hundert Häuser, und die ziehen sich stundenlang an der nationalen Frage hoch.“

Auch eine stadtbekanntes Kultfigur wie der Kommunarde „Juppi“ Becher, Mitbegründer der „Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk“ und Chefbesetzer der inzwischen als Jugendfluchtburg selbstverwalteten ehemaligen Ufa-Filmfabrik, winkte desinteressiert ab, als ihm die AL einen Listenplatz offerierte: Im Abgeordnetenhaus wolle er allenfalls dann dabei sein, wenn in der Alternativenfraktion so Leute wie die Szenekabarettisten „Die 3 Tornados“ mittäten.



Frankfurter Rundschau

Gegenüber der heterogenen Aussteigerkultur wirkt die „Liste“, unbeschadet ihres alternativen Anspruchs, in der Tat wie eine mittelstandsorientierte Interessengemeinschaft. 1979 rekrutierte sie fast die Hälfte ihrer Wähler aus dem Angestelltenmilieu, zwölf Prozent waren beim Staat als Beamte in Lohn und Brot, und besonders bei Selbständigen (neun Prozent) und Freiberuflern (fünf Prozent) wurde die strukturelle Ähnlichkeit zur FDP überdeutlich.

Von den AL-Kandidaten für den anstehenden Berliner Wahlgang (Durchschnittsalter: 34,5 Jahre) ist immerhin mehr als jeder dritte Angestellter. Jeder fünfte studiert noch oder ist bereits Beamter.

Soziale Berufe — Erzieher, Sozialarbeiter, Lehrer — sind auffällig überrepräsentiert. Die AL, so formuliert Soziologin Schmollinger, sei eindeutig „eine Partei der Betroffenen-Betreuer“, die einen tiefgreifenden Wertewandel

unter ihrer Anhängerschaft zugleich abbilden und verstärken.

Vorrangig ist allen die möglichst unversehrte Freiheit des einzelnen, die nach Schmollinger unangefochten die politische Rangskala der Alternativen anführt, während klassische Ziele der Arbeiterbewegung, wie etwa Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzsicherung und bessere Entlohnung, allenfalls auf hinteren Plätzen zu finden sind.

So war der Arbeiter-Anteil bei AL-Wählern (28 Prozent) vor zwei Jahren auch deutlich geringer als etwa bei der SPD (47 Prozent) und selbst bei der CDU (32 Prozent). Unter den AL-Kandidaten für den 10. Mai sind zwei gesellschaftliche Großgruppen, zumal

für eine alternative Partei, auffällig unterrepräsentiert: Nur jeder zwölfte Kandidat der Igel-Partei ist Arbeiter, keiner von ihnen auf den vorderen Plätzen. Und nur jeder vierte ist eine Wahlkämpferin.

Das Bildungsbürgertum überwiegt bei den männlichen Spitzenkandidaten. Als Abgeordnete ins Parlament kämen ein Lehrer und ein Professor, ein Student, ein Sozialarbeiter, ein Ingenieur, ein Industriekaufmann und der Rechtsanwalt Schily, von dem zweifellos eine Belebung der oft seichten Debatten im Rathaus Schöneberg zu erwarten wäre.

Haben die Demoskopien recht und die AL erreicht tatsächlich die prognostizierten acht Prozent, so fällt die Mandatsverteilung leicht frauenfreundlicher aus. Auf den dann voraussichtlich errungenen zehn Parlamentssitzen säßen immerhin drei weibliche AL-Abgeordnete — zwei Lehrerinnen und eine Phonotypistin, zusammen 155 Jahre alternatives Leben.

...viele Gründe sprechen für Galopprennen:



Einer ist 32, ein anderer 7.

„Als wir zum aller ersten Mal dabei waren, haben wir gleich zweimal gewonnen. Und zweimal verloren. Ehrlich: ich hätte nie geglaubt, daß man für so wenig Geld noch irgendwo so viel spannende Freizeit bekommt.“ Galopprennen sind familienfreundlich: Kinder kommen so rein. Es gibt Informationen über alles, kostenlos, versteht sich. Lassen Sie sich welche zuschicken.



Gutschein

über die 48-seitige Broschüre „Galopprennen in Deutschland“ an GaloppSport, Rennbahn 31, 5000 Köln 60

